

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 11 (1970)
Heft: 8

Artikel: Leninsche Prinzipien - Totalitarismus im Keim : das bolschewistische Normengefüge und was daraus geworden ist
Autor: Revesz, Laszlo / Klim, Franz
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1092566>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Das bolschewistische Normengefüge und was daraus geworden ist

Leninsche Prinzipien – Totalitarismus im Keim

Von Laszlo Revesz und Franz Klim

In sämtlichen kommunistisch regierten Ländern sind die sogenannten Leninschen Normen ein absolutes Tabu. Sie nehmen den Rang ein, den in kirchlich geführten absolutistischen Gesellschaftsformen die göttliche Offenbarung hatte, deren Güte zu bezweifeln eine gesellschaftliche Unmöglichkeit bedeutete. Der Bezug auf Lenin ist ein Obligatorium, unerlässlich zur Rechtfertigung der eigenen Handlung. Gerade deshalb wird die Anrufung der Leninschen Prinzipien zum Angelpunkt der Häresie, wo verschiedenartige Interessen mit gleichartiger leninscher Begründung quasi gerechtfertigt werden. Sowohl die rebellierenden Prager Reformer von 1968 als auch ihre sowjeti-

schen Züchtiger suchten ihre gegensätzliche Anschauung und Politik als Anwendung der Leninschen Normen auszugeben, so wie im Mittelalter die christlichen Könige unter Berufung auf das gleiche Gottesgnadentum untereinander Krieg führten. Die Heiligsprechung der Leninschen Prinzipien erweist sich als Hemmnis zu ihrer Darstellung, die nur von einem nichtgläubigen Standpunkt aus frei erfolgen kann. Hier werden nun einige Leninsche Normen in ihrer Ursprünglichkeit und ihrer geschichtlichen Ausprägung untersucht, ohne Respektierung ihres Offenbarungscharakters, die auch in Teilen der westlichen Gesellschaft immer mehr zu einem Tabu wird.

Der demokratische Zentralismus

Der «demokratische Zentralismus» geht auf Lenin zurück und ist das Leitungsprinzip jeder kommunistisch geführten Staats- und Gesellschaftsordnung. Er bedeutet, und zwar sowohl in der Theorie wie in der Praxis, die institutionalisierte Ausschaltung der Andersdenkenden. Darüber hinaus bedeutet er, zwar nicht in der Theorie, aber seit jeher in der Praxis, auch die Diktatur der herrschenden Oligarchie selbst über die Mehrheit der gleichdenkenden Parteimitglieder.

In jedem kommunistisch regierten Staat wird das auf Lenin zurückgehende Prinzip des demokratischen Zentralismus als Funktionsgrundsatz von Partei und Staat anerkannt. Im Parteistatut der KPdSU (Art. 19) ist es durch folgende Punkte definiert:

- a) Wählbarkeit aller leitenden Organe von unten nach oben (d. h. indirekte Wahlen, L. R.);
- b) regelmässige Rechenschaftsablegung der Parteiorgane vor ihren Parteiorganisationen und vor den übergeordneten Organen (d. h. horizontale des Minderheitsschutzes, L. R.);
- c) Straffe Parteidisziplin und Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit (d. h. Ablehnung des Minderehrschutzes, (L. R.);
- d) Unbedingte Verbindlichkeit der Beschlüsse der höheren Organe für die unteren Organe.»

Die Einführung durch Lenin

Dieses Prinzip hat Lenin erstmals auf der Tamerforscher Konferenz der Bolschewiken (1905) ausführlicher formuliert und es als das einzig richtige Prinzip des Parteaufbaus bezeichnet. Auf den Druck der Bolschewiken nahm der 4. Kongress der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands diesen Grundsatz ins Parteistatut (Artikel 2, 1906) auf. Seit dieser Zeit darf er nicht zur Diskussion gestellt werden, da er als eine objektive Gesetzmässigkeit des Parteaufbaus gilt.

Der Grundsatz des demokratischen Zentralismus garantiert der Partei ihre unteilbare monolithische Einheit und ihre organisatorisch-politische Wirksamkeit. Ueberdies gilt er auch auf fast allen Gebieten des Staatslebens und gehört zu den Grundsätzen der staatlichen Verfassungen sowjetischer Prägung, obwohl er in keiner ausdrücklich festgehalten ist. Die Anwendung auf den Staat erfolgte nach der Machtübernahme von 1917, so dass dieses Prinzip seit Bestehen der sozialistischen Gesellschaft im kommunistischen Sinne als Leitmotiv der praktischen Tätigkeit so-

wohl der Parteiorgane als auch des Staatsapparates zu betrachten ist.

Ebenso ist der demokratische Sozialismus ein internationaler Grundsatz der gesamten kommunistischen Weltbewegung. Seine schon ausdrückliche Anerkennung gehörte zu den wichtigsten Aufnahmebedingungen für die kommunistischen Parteien in die Komintern (1919), die nach diesem Prinzip aufgebaut wurde. In der heutigen Weltbewegung lässt er sich zwar nicht durchwegs verwirklichen, da einzelne kommunistische Parteien sich auch nach einem Beschluss leichte Abweichungen gestatten (beispielsweise in der Wertung der CSSR-Invasion), aber er gilt heute wieder mehr als je zuvor seit Stalins Zeiten für die Beziehungen der moskauabhängigen osteuropäischen KPs zu Moskau.

Der demokratische Zentralismus ist von seinen Befürwortern immer dem sogenannten «bürokratischen Zentralismus» gegenübergestellt worden, der im Rahmen der «bürgerlichen Demokratie» angeblich die Diktatur der Bourgeoisie sichert.

Der demokratische Zentralismus bedeutet (was die sowjetische Fachliteratur durchaus anerkennt) formell die Vereinigung zweier einander widersprechender Begriffe, deren Synthese dialektisch herbeizuführen sei. Sozialistische Demokratie und sozialistischer Zentralismus gelten als dialektische Einheit.

Ausdrückliche Verneinung der Demokratie

Hier ist zu betonen, dass der Begriff «Demokratie» nach marxistischer Interpretation mit unserm Demokratiebegriff nichts gemein hat. Die Demokratie hat nach kommunistischer Auffassung immer und zwangsläufig einen ausgeprägten Klasseninhalt. Die bürgerliche Demokratie bedeutet Demokratie für die Minderheit und Diktatur über die Mehrheit, die sozialistische Demokratie aber das Gegenteil. Denn auch Demokratie und Diktatur bilden in der marxistisch-leninistischen Dar-

stellung eine dialektische Einheit: Demokratie für die regimetreuen Elemente, Diktatur über alle andern.

Ein weiteres einschränkendes Element kommt hinzu: Die sozialistische Demokratie ist, wie Lenin unzählige Male betonte, «parteilich», das heisst parteigebunden. Andere als parteientprechende Auffassungen müssen vom Prozess der demokratischen Willensbildung grundsätzlich ausgeschlossen werden.

Damit ist die Demokratie durchaus nach der offiziellen leninistischen Auffassung immer eine Demokratie «unter der Bedingung, dass . . .» Dass sie erstens nicht an die bestehende Gesellschaftsordnung rührt und dass sie zweitens der allein bestimmenden Partei untergeordnet ist.

Diese beiden Merkmale von «Demokratie» unter Ausschluss jeglicher Opposition kamen und kommen noch in andern Systemen als dem leninistischen vor. Sie werden in diesem Falle in westlichen Ländern als faschistisch charakterisiert, als Elemente, die dem Faschismus typischerweise zu eigen sind. Wenn diese Auffassung zutrifft, dann ist die Leninsche Definition der Demokratie als faschistischer Ansatz zu verstehen.

Abgesehen von dieser grundlegenden Einschränkung der Demokratie verhindert aber der das Prinzip des demokratischen Zentralismus in seiner Handhabung auch die demokratische Willensbildung sogar durch jene, die in privilegierter Weise an ihr eigentlich teilnehmen dürften.

Und dazu noch Diktatur über die Gleichgesinnten

Die Unterordnung der (definitionsgemäss schon eingeschränkten) Demokratie unter den Zentralismus wird garantiert:

- a) durch die Leitung und Kontrolle, die den höheren Organen über die niedrigeren zusteht;
- b) durch das zusammenhängende hierarchische Netz der Exekutivorgane, welche der doppelten Abhängigkeit (der vertikalen und horizontalen) unterworfen sind.

Nun ist die horizontale Abhängigkeit und Unterordnung aus mehreren Gründen nur Schein. Der Parteikongress tritt alle vier Jahre zusammen, und in der Zwischenzeit hat das Zentralkomitee seine Kompetenzen. Dieses wiederum tritt zweimal im Jahr zusammen und delegiert seine Befugnisse an das Politbüro. Dieses Gre-

mium von elf Personen entscheidet letzten Endes alles und verfügte praktisch über das Schicksal von 240 Millionen Menschen.

Die Anordnungen des Politbüros treten sofort in Kraft. Eine Bestätigung durch das ZK ist so wenig vorgesehen wie eine Bestätigung von ZK-Beschlüssen durch den Parteikongress.

Wie selbstverständlich die Machtwillkür der Parteispitze ist, zeigt sich darin, dass sie es sozusagen in aller Unschuld jeweils unterlässt, selbst nach eigener Parteiverfassung illegale Entscheidungen auch nur zu tarnen. Als unter Chruschtschew eine Reorganisation («Zweiteilung» nach Produktionskriterien) der Partei beschlossen wurde, verletzte dieser Entschluss in flagrantester Weise sowohl das kurz zuvor vom Parteikongress angenommene Parteistatut als auch das ebenfalls ganz neue Parteiprogramm, aber niemand empfand das Bedürfnis, auch nur das geringste zu tun, um der Sache wenigstens den Anstrich von Legalität zu geben. Die absoluten Befugnisse der Führung waren Regierenden und Regierten so geläufig, dass man nicht einmal auf

den Gedanken kam, die Sache bedürfe einer Rechtfertigung. Als nach Chruschtschews Sturz der betreffende Beschluss wieder rückgängig gemacht wurde, begnügte man sich zur Begründung mit dem Hinweis auf die Unzweckmäßigkeit jener Massnahme.

Der Rechenschaftspflicht vor den Delegierten der Mitglieder wird also nur dann nachgekommen, wenn sie ohnehin im Interesse der Führung liegt.

Von der Partei zum Staat: Institutionalisierte Oligarchie

Die genaue Entsprechung findet man auf staatlicher Ebene. Das Parlament, der Oberste Sowjet, tritt jährlich zweimal für je einige Tage zusammen, und im Sinne der Verfassung werden seine Kompetenzen in der Zwischenzeit vom Präsidium des Obersten Sowjets ausgeübt — sogar die Gesetzgebung. Die Ukase (Gesetzesverordnungen) des Präsidiums treten nämlich sofort in Kraft, ohne dass die Plenarsitzung des Parlaments auch nur zu Worte kommen könnte. Wenn also vom sowjetischen Parlament gesagt wird, es sei eine

bloße Ratifizierungsbehörde ohne echte Entscheidungskompetenz, so trifft diese Feststellung noch nicht einmal den ganzen Sachverhalt, denn die Ukase bedürfen nicht einmal formell der parlamentarischen Zustimmung.

Dafür ist aber der zweite Pfeiler des Zentralismus, die vertikale Abhängigkeit, lückenlos ausgebaut und funktioniert tadellos. Die höheren Organe haben das Recht, nach Belieben die Beschlüsse und Entscheidungen der niedrigeren Organe entweder völlig ausser Kraft zu setzen oder sie nach eigenem Ermessen abzuändern.

In diesem Zusammenhang erklärt die sowjetische Rechtswissenschaft unter Berufung auf die Leninschen Thesen, die Autonomie der territorialen Verwaltungseinheit richte sich gegen den Grundsatz des demokratischen Zentralismus und könne nicht geduldet werden. In einem sozialistischen Staat gebe es keine Unterscheidung zwischen lokalen und zentralen Interessen, und die Zentralorgane dürften ihr Recht auf Leitung und Kontrolle der lokalen Stellen niemals aufgeben. Es ist demnach nicht so erstaunlich, dass selbst der Ausdruck «Autonomie» nach einem rund 40jährigen Unterbruch erst Ende der fünfziger/Anfang sechziger Jahre in die sowjetische Rechtswissenschaft zurückkehrte und dass er tendenziell jetzt bereits wieder verpönt ist.

Die Garantie des Monolithismus

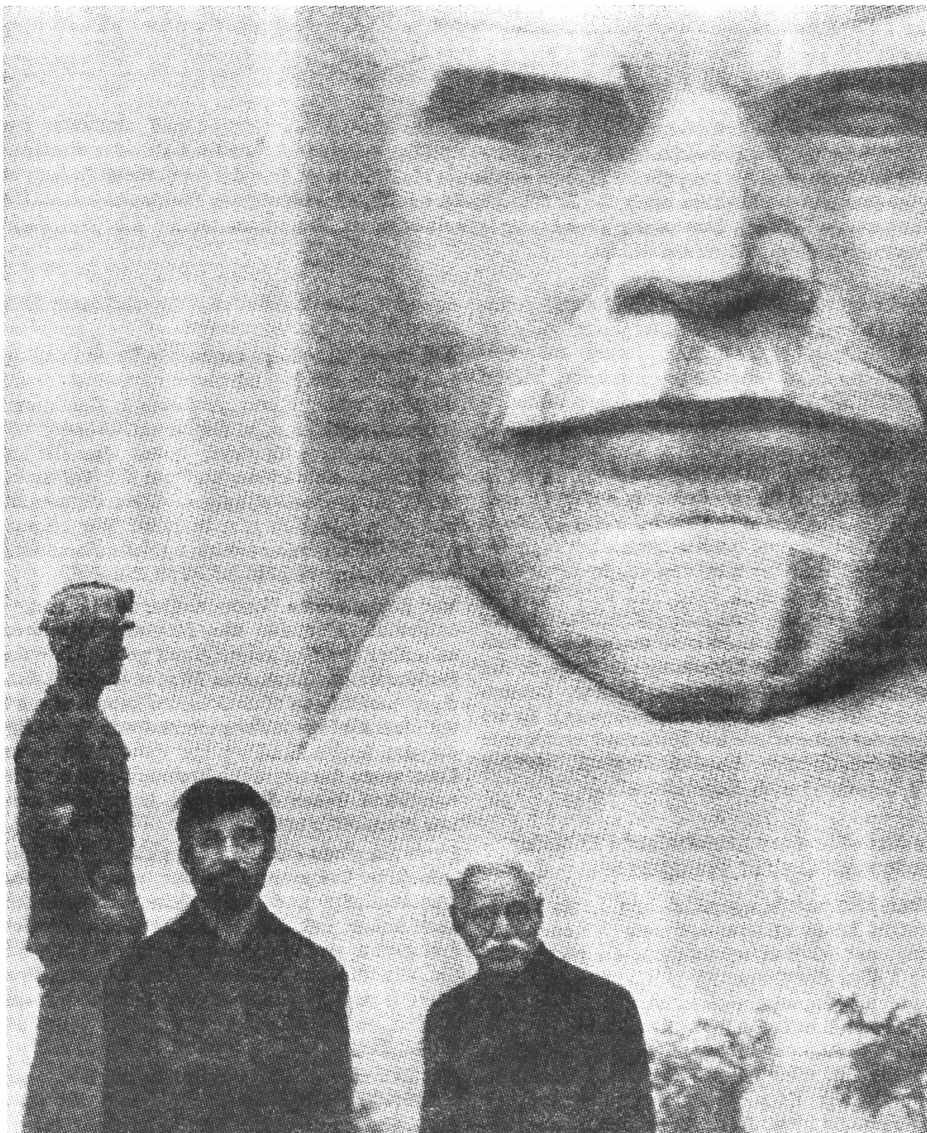
Dritter Pfeiler und wichtigste Garantie des Zentralismus auf Parteiebene ist die strenge Einheit. Die ideologische und organisatorische Parteeinheit ist im Statut (Art. 2/g) besonders hervorgehoben. Gruppenbildung und Fraktionsgeist sind mit der Parteizugehörigkeit unvereinbar (Einleitung).

Im Zeichen dieser These werden u. a. auch Eventualanprüche der KPs von Unionsrepubliken auf Autonomie oder auf föderalistische Struktur der Partei entschieden abgelehnt. Auf Staatsebene ist zwar der Föderalismus konstitutionell verankert, und sein angebliches Bestehen wird namentlich im Ausland propagiert, aber in Wirklichkeit kann er wegen der Anwendung der These vom demokratischen Zentralismus überhaupt nicht verwirklicht werden, da

- a) die den Staat (durchaus auch offiziell) leitende und kontrollierende Partei eine zentralistische Einheitspartei ist und
- b) die Teile dem Ganzen restlos untergeordnet sein müssen.

Wie schon erwähnt, ist jeglicher Minderheitenschutz ausgeschlossen. Dass man die Minderheit ihres Rechtes beraubt, ihre Auffassung beizubehalten und sich dafür einzusetzen, wird als demokratische Maxime gedeutet, denn eine Mehrheit (sie ist allerdings niemals eine etwa in Wahlen geprüfte Mehrheit!) müsse die totale Herrschaft ausüben. Die Partei regiert im Namen des Volkes, also der absoluten Mehrheit, und die Parteiführung im Namen der gesamten Mitgliedschaft. Aus dieser in beiden Fällen angesamsten Mehrheitsvertretung wird geschlossen, dass diese keine Minderheit mit einer abweichenden politischen, ideologischen oder sachgebundenen Auffassung dulden dürfe.

Im guten halben Jahrhundert der Geschichte sozialistischer Staaten (im kommunistischen Sinne) hat lediglich einmal eine regierende Partei versucht, den Schutz von Minderheitsansichten zu



Seit urdenklichen Zeiten verkörpern steinerne Riesenfiguren der führenden Männer das Prinzip der Demokratie — oder nicht?



Sorgfältige Retouchen am Monument.

gewährleisten, und dieses Bestreben ist gewaltsam von aussen vereitelt worden. Es handelt sich (natürlich) um die Tschechoslowakei von 1968.

Die Prager Häresie

Der damalige Statutenentwurf (der dem Kongress am 9. September hätte vorgelegt werden sollen, was die Invasion verhinderte) gestand den Minderheitsansichten «im Geiste des demokratischen Zentralismus» (die Berufung auf dieses Prinzip musste aus Alibigründen beibehalten werden) ausdrückliche Rechte zu. Einer sich in einem beliebigen Parteigremium ergebenden Minderheit wurde zugestanden, ihren Standpunkt festzuhalten und seine Eintragung ins Protokoll zu verlangen. Uebrigens dürfe sie auch nachträglich bei ihrer Einstellung bleiben, sie weiterentwickeln und gegebenenfalls zu einem späteren Zeitpunkt eine neue Behandlung des Traktandums in ihrem Sinne verlangen. Ferner legte das Statutenprojekt fest, dass man den Trägern von Minderheitsansichten nur mit «ideellen Mitteln» begegnen dürfe, womit jegliche Sanktionen gegen Abweichler als unstatthaft deklariert wurden (Statutenentwurf, Art. 3 und Art. 19, Abs. c). Der sowjetischen Führung war das unannehmbar. Die Moskauer Stellungnahme wurde von P. Rodinow am 19. August 1968 (neun Tage nach Veröffentlichung des Entwurfs und zwei Tage vor der Invasion) in der «Prawda» dargestellt: «Ist es nicht klar, dass das sogenannte

„Recht der Minderheit“ die Grundlage des demokratischen Zentralismus untergräbt und die Parteidisziplin, die organisatorische Struktur, ja die Einheit der Parteilinien schwächt? Und kann denn schliesslich die Verletzung des Mehrheitswillens... überhaupt demokratisch genannt werden? Tatsächlich ist eine solche Erscheinung antidemokratisch zu nennen; sie führt zur Desorientierung, verletzt die Einheit der Partei und führt zur bürgerlichen Anarchie.»

Die Mehrheit wird nicht geprüft

Durchaus unbewiesen ist natürlich der angesetzte Anspruch auf Vertretung der Mehrheit. Wie soll sich je eine Mehrheit um eine «abweichende» Ansicht bilden, wenn diese nicht zunächst von einer Minderheit (vom Individuum bis zur Gruppe) überhaupt bekanntgemacht und propagiert werden darf? Die demokratische Mehrheitsbildung erfordert zunächst die Freiheit der öffentlichen Meinungsäusserung und dann den er-

möglichten Wettbewerb unterschiedlicher Auffassungen um die Gunst der Mehrheit. Eine ohne Alternativmöglichkeit zustande gekommene «Mehrheit» ist keine geprüfte Mehrheit, keine demokratische Mehrheit und kann es nie sein. Das Prinzip des demokratischen Zentralismus, welches das Aufkommen schon des blossen Alternativgedankens vereitelt, verhindert damit die demokratische Willens- und Mehrheitsbildung im Ansatz. Man gelangt nicht einmal bis zur Frage, ob der Mehrheitswille vertreten oder zertrümmert wird, da er gar nicht erst ermittelt werden kann.

Durch sein Konzept des demokratischen Zentralismus gab Lenin alles in allem einer kleinen Minderheit die Institutionen als Waffe in die Hand, jegliche Opposition zu unterdrücken und von einem Zentrum aus ein Weltreich von 240 Millionen Menschen (wozu noch die faktischen Kolonien des Satellitengürtels kommen) ohne Rücksicht auf ihre Wünsche, ja ohne Kenntnis ihrer Wünsche zu regieren. Laszlo Revesz

Die nichtkapitalistische Entwicklung für die Dritte Welt

Wenn einerseits der Sozialismus durch die Diktatur des Proletariats entsteht und andererseits der Sozialismus auch in Entwicklungsländern ohne Proletariat möglich ist, wie lässt sich das vereinbaren? Dadurch, sagt die sowjetische Theorie von Lenin bis Breschnew, dass das sowjetische Proletariat seine (behauptete) Diktatur auch für fremde Länder ausübt, die kein eigenes Proletariat haben. Die Sowjetunion hilft aus. Das ist die Theorie zur kolonialistischen Expansion, welche die sowjetische Praxis seit Lenins Zeiten auszeichnet.

Die heutige sowjetische ideologische und politische Offensive in der Dritten Welt will sich dadurch Popularität schaffen, dass sie mit ungeheurer Intensität die These propagiert, es sei möglich, mit Hilfe der sozialistischen Staaten (eigentlich und ursprünglich: mit Hilfe des Proletariats eines sozialistischen Staates) von einem primitiven Entwicklungsstadium direkt in den Sozialismus hineinzuwachsen, unter Vermeidung des Kapitalismus. Es wird ein grossartiges Entwicklungstempo, ein grossartiger Sprung nach vorne in Aussicht gestellt. Die Bedingungen dazu sind nur die direkte oder indirekte Führung Moskaus und die Errichtung der Diktatur des Proletariats oder, wenn es in einem Lande kein Proletariat gibt, die Errichtung der Diktatur der revolutionären Demokratie (Nasser, Boumedienne, früher Sukarno, Nkrumah usw.). Es sei allein der mit sowjetischer Hilfe zurückzulegende nichtkapitalistische Entwicklungsweg, welcher alle Schwierigkeiten lösen werde.

Lenin: «Für eure proletarische Diktatur stellen wir uns zur Verfügung»

Diese Idee wurde eigentlich von Lenin aufgeworfen. Lenin erklärte auf dem 2. Kominternkongress (1920), es sei möglich, die rückständigen Völker des Ostens für eine aktive politische Arbeit zu gewinnen, auch wenn es in diesen Ländern noch kein Proletariat gibt (Werke, russisch, Bd. 31, S. 218). Dementsprechend nahm dieser Kongress in seine Thesen folgenden Gedanken auf: In den Entwicklungsländern werden die Volksmassen nicht durch die kapitalistische Entwicklung, sondern durch die Vertiefung des Klassenbewusstseins unter der Leitung des klassen-

bewussten Proletariats der fortgeschrittenen Länder zum Sozialismus gelangen.

Auf dieser Grundlage erarbeitete Lenin das Programm der nichtkapitalistischen Entwicklung für die Entwicklungsländer. Auf dem 2. Kominternkongress sagte er u. a. folgendes: «Können wir jene Behauptung für richtig halten, dass das kapitalistische Entwicklungsstadium der Volkswirtschaft für jene rückständigen Völker unvermeidbar ist, welche sich jetzt befreien? Wir antworten auf diese Frage mit Nein.» (Vollst. Sammlung seiner Werke, russisch, Bd. 41, S. 245/246.)

Vor dem gleichen Forum verlangte er die internationale Hilfe für die Entwicklungsgebiete: «Darüber kann es keinen Streit geben, dass das Proletariat der führenden Länder den rückständigen werktätigen Massen helfen kann und muss und dass die Entwicklung der rückständigen Länder das jetzige Stadium nur dann überwinden kann, wenn das siegreiche Proletariat der Sowjetrepubliken diesen Massen die Hand ausstreckt und ihnen Hilfe leistet.»

Lenin sah eine zweistufige Entwicklung mit revolutionären Umgestaltungen vor, eine allgemeindemokratische und später eine sozialistische, aber immer mit der Hilfe des internationalen Proletariats und des Sowjetstaates. Wichtig ist, dass die führende Rolle des internationalen Proletariats und der sowjetischen Arbeiterklasse anerkannt und beibehalten wird. (Werke, Bd. 31, S. 217, 219.)

Aus diesem Grund behauptet die sowjetische politische Wissenschaft, die nationale Arbeiterklasse der sozialistischen Länder habe sich in eine internationale Kraft verwandelt, welche in den Entwicklungsländern eine rasche Entwicklung

zum Sozialismus ermögliche (z. B. «Kommunist», Nr. 17/1964, S. 23/24, Brutenz). Der Uebergang vom Feudalismus oder sogar von einer vorfeudalen Entwicklungsstufe direkt zum Sozialismus wird in den Rang einer objektiven Gesetzmässigkeit erhoben, wie dies (unter Berufung auf die sowjetischen asiatischen Republiken) auf dem 22. Kongress der KPdSU 1961 auch selbst von den Vertretern einiger asiatischer Länder akzeptiert wurde.

Auch Lenin hob, indem er von der Komintern aktive Schritte zur Unterstützung der Dritten Welt verlangte, immer wieder das Beispiel seines eigenen Landes als Muster hervor. «Wir müssen in allen Kolonien und abhängigen Ländern nicht nur selbständige Kader zum Kampf, nicht nur Parteiorganisationen bilden, nicht nur eine sofortige Propaganda für die Errichtung der Bauernsowjets führen . . . , sondern die Kommunistische Internationale muss auch die These aufstellen und theoretisch untermauern, dass die rückständigen Länder mit Hilfe des Proletariats der fortgeschrittenen Länder zum Sowjetsystem und durch bestimmte Entwicklungsstadien zum Kommunismus gelangen können, ohne die kapitalistische Entwicklung durchgemacht zu haben.»

Auf dem 8. Allrussischen Sowjetkongress (Ende 1920) ging er noch weiter, indem er erklärte: «Wir können die Gründung und Festigung von Sowjetrepubliken in Buchara, Aserbeidschan, Armenien begrüssen . . . Diese Republiken sind ein Beweis dafür, dass die Ideen und die Prinzipien der Sowjetmacht nicht nur in den entwickelten Indu-

striegebieten, sondern auch in Ländern, wo die soziale Grundlage das Bauerntum bildet, zu verwirklichen sind und verwirklicht werden . . . Die freundschaftlichen Beziehungen dieser Republiken mit der Russischen Sozialistischen Sowjetrepublik wurden durch die Resultate unserer Politik bestätigt.»

Modellfall Buchara: Eine koloniale Eroberung

Lenin wird in der sowjetischen Propaganda für die Dritte Welt dargestellt, als ob er den Sozialismus in den als Muster tausendmal angeführten Sowjetrepubliken auf demokratischem Weg über den freien Entschluss der interessierten Völker hätte aufbauen lassen. Es scheint notwendig zu sein, darauf hinzuweisen, wie Lenin in Wirklichkeit handelte, wie er den betreffenden Völkern das eigene Sowjetsystem mit Gewalt aufdrängen liess.

Lenin berief sich u. a. auf die Bucharaer Sowjetrepublik, welche für die asiatischen Länder als Musterbeispiel für die Einführung des Sowjetsystems gelten soll. Buchara und Choresm (Chiwa) waren zwei kleine Monarchien in Zentralasien, die ihre Unabhängigkeit sogar dem zaristischen Imperialismus gegenüber aufrechtzuerhalten vermochten. Die RSFSR brachte aber dem «Bucharaer und Choresmer Volk» ihre «Hilfe» und hat beide Staaten einverleibt, ja sie sogar als politisch-geographische Begriffe liquidiert (1924).

1895 wurde das Bucharaer Emirat ins russische Zollsystem einbezogen, die politische Unabhängigkeit jedoch nicht angetastet. Nach der Oktoberrevolution stand aber der Emir unter schwerstem politischen Druck Moskaus. Am 20. April 1918 erliess er ein Manifest über Reformen, aber umsonst. Lenin wollte keine Reformen, sondern die Einverleibung. Er begann mit der Gründung der KP von Buchara (Mitte 1918), deren Mitglieder natürlich meist Russen waren, denn von den 2.8 Millionen Einwohnern Bucharas lebten damals 2,5 Millionen auf dem Lande und hatten von Sozialismus und Kommunismus keine Ahnung. Diese Partei organisierte am 2. September 1920 einen Staatsstreich, und um den Sieg des «Volkes» zu sichern, wurde die Rote Armee von einer Handvoll Kommunisten «zu Hilfe» gerufen. So wurde in Buchara am 14. September 1920 die «Volks-Sowjetrepublik» ausgerufen, deren Unabhängigkeit im Vertrag vom 4. März 1921 formell anerkannt wurde. Die dortige KP war jedoch auch ganz offiziell ein Bestandteil der russischen KP, und so wurde Buchara auch vor seiner formellen Einverleibung 1924 indirekt immer von Moskau aus regiert.

Die Geschichte der «nichtkapitalistischen Entwicklung» in Choresm war genau die gleiche.

Der «Uebergang zum Sozialismus» der zentralasiatischen Völker, welche heute ebenfalls als Beweis für die von Lenin aufgestellte «Gesetzmässigkeit» ständig erwähnt werden, verlief nach ähnlichem Rezept. Der zeitgenössische Historiker und Politiker Safarow, Leiter der Turko-

Der Frühling kommt auch 1970

und Sie erhalten alle

**Wanderbücher
Spazierwegbücher
Reiseführer
Tourenführer
Autokarten
Wanderkarten
Campingführer**



durch die

Buchhandlung SOI 3000 Bern 6

Jubiläumsstrasse 41, Telefon (031) 43 12 12

Alle Bücher durch die Buchhandlung SOI

Männliche Mode



LORRIS

Veston:
leicht tailliert,
tiefe Zweiknopf-
front,

Rückenschlitz,
gerade Patten-
taschen.

Hose:
bequem und
modisch,
senkrechte
Passepoiletaschen,
Zugbund,
schmale
Gurtschlaufen.

Fragen Sie
im Fachgeschäft!

Bezugsquellennachweis durch RITEX AG Qualitätsbekleidung 4800 Zofingen



Das meist übersetzte Buch der Welt war früher die Bibel. Aber Lenins Werke haben sie längst überholt.

kommission, schrieb in seinem 1921 in Moskau herausgegebenen Buch: «Die Februarrevolution kam hier durch den Telegraph an.» Die Revolution in den Randgebieten sei ein «russischer Export» gewesen, und die Sowjetmacht habe eigentlich die zaristische koloniale Politik fortgesetzt. Safarow riskierte sogar die Feststellung, der koloniale Charakter der Sowjetmacht sei noch ausgeprägter gewesen als vorher. Deshalb rief er die Moskauer Öffentlichkeit in seinem Buch auf, in Zentralasien eine zweite Revolution durchzuführen, um den neuen Kolonialismus aufzuheben und dem Volk die Macht tatsächlich zu übertragen. Safarow schrieb, die einheimischen Bolschewiken in den Randgebieten hätten in der «Revolution» gar keine Rolle gespielt; so sei die These entstanden, «die Partei der Bolschewiken habe die Sowjetmacht errichtet und die Sowjetmacht die Partei der Bolschewiken». Der von der turkestanischen Bevölkerung kurz nach dem «Leninschen Dekret» über die nationale Selbstbestimmung errichtete «turkestanische Nationalrat» wurde von Lenins Truppen total zerschlagen.

Ein Protesttelegramm erregt Gelächter

Auch die Republiken von Transkaukasien werden in der sowjetischen Fachliteratur als Muster für die nichtkapitalistische Entwicklung angeführt. Aber auch hier handelte Lenin ähnlich. Als die «unabhängigen» Transkaukasier gegen die Errichtung eines gemeinsamen (von Moskau dirigierten) Wirtschaftsorgans protestierten, richtete Lenin an Ordschonikidse folgendes Telegramm: «Ich verlange dringend, ein wirtschaft-

liches Gebietsorgan für ganz Transkaukasien zu bilden.» Und es wurde mit Gewalt aufgestellt. Das von Lenin geleitete oberste russische Parteiplenum hat die Vorlesung des Protesttelegrammes des Zentral-Exekutivkomitees von Georgien vom 31. März 1911, in welchem die letzten Versuche unternommen wurden, sich vor der endgültigen Einverleibung zu verteidigen, mit lautem Gelächter begleitet. Das auf die Tragödie eines kleinen Volkes so erschütternd hinweisende Telegramm lautete folgendermassen: «Von heute an werden die Grenzen der Republik Georgiens für geschlossen erklärt (Lachen im Saal) . . . » Die Aufenthaltsbewilligungen von Russen (bzw. russischen Agenten) wurde aufgehoben. Wie die Revolution angeblich entsprechend den «objektiven Gesetzmässigkeiten» und die nichtkapitalistische Entwicklung aufgezwungen wurden, zeigt folgender Satz eines Moskauer Histori-

kers in seinem 1936 in Moskau veröffentlichten Buch: «Auf die direkte Anweisung der Genossen Lenin und Stalin wurde zur Unterstützung des aufgestandenen aserbeidschanischen Volkes die 11. Rote Armee eingesetzt. Die brüderliche Hilfe der Roten Armee und des grossen russischen Volkes half den Werktätigen, Aserbeidschan zu errichten.» (L. Berija: Zur Geschichte der bolschewistischen Organisation in Transkaukasien. Moskau 1936.) Die Beispiele der grausamsten Unterdrückung und der rücksichtslosen Aufdrängung des «nichtkapitalistischen Entwicklungsweges» können endlos fortgesetzt werden. Wenn also ein Land die «nichtkapitalistische Entwicklung» einmal durchgemacht hatte, wurde ihm das Joch Moskaus aufgesetzt, und es gab keine Rettung mehr. Dies ist eine Lehre für die Gegenwart! Laszlo Revesz

Der Internationalismus

Das Leninsche Prinzip des proletarischen und des sozialistischen Internationalismus erweist sich als echte Grundlage für die heutige These der beschränkten Souveränität sozialistischer Staaten.

Wie Lenin schrieb (Werke, Bd. 30, S. 268, russisch) ist das Kapital international, folglich muss auch die auf den Sturz des Kapitals ausgerichtete Bewegung internationalistisch organisiert sein. Der Internationalismus ist nach Lenin (1917) «die hingebungsvolle Arbeit im Dienste der Entwicklung der revolutionären Bewegung und des revolutionären Kampfes im eigenen Lande, die Unterstützung (durch Propaganda, moralische und materielle Hilfe) einer solchen und nur einer solchen Linie in allen Ländern ohne Ausnahme».

Chacun a deux patries — l'URSS et la sienne

In der Periode der Komintern (1919—1943) hatte man die Grundsätze des proletarischen Internationalismus auch «kodifiziert» (in den Aufnahmebedingungen und den Statuten der Komintern, beide vom 2. Kongress, 1920). Danach bedeutet dieser Internationalismus die Pflicht der verschiedenen nationalen Parteien, den neuen sowjetischen Staat mit allen Mitteln zu unterstützen und die Pflicht der damaligen RSFSR, die internationale Bewegung zu unterstützen.

Wichtiger war jedoch die Verteidigung der Sowjetunion. Sogar im Programm der spanischen Kommunisten in den Jahren des Bürgerkrieges standen beide Motive nebeneinander: der Kampf um die Macht und die Verteidigung der Interessen der Sowjetunion. Der zweite Aspekt des proletarischen Internationalismus stiess auf verschiedene Widerstände seitens der nationalen Parteien; Lenin hat jedoch die Annahme des Prinzips rücksichtslos durchgedrängt. Dies war die sogenannte «bolschewisazija» (Bolschewisierung) der Mitgliederparteien. Die Kominternkongresse in den zwanziger Jahren prüften den Stand der Bolschewisierung ständig und kritisierten jene Parteien (Tschechoslowakei, Polen, Ungarn usw.), welche sich nach sowjetischem Muster nicht total gleichschalten lassen wollten. Schliesslich mussten sie auch nachgeben, da dem Führungsorgan der Komintern, dem Exekutivkomitee, das Recht eingeräumt wurde (im Sta-

tut von 1919), Einzelpersonen in den Mitgliederorganisationen eigenmächtig auszuschliessen und sogar ganze Organe abzulösen, wie dies auch ständig geschah (das ganze ungarische ZK wurde während 15 Jahren zweimal von Moskau eigenmächtig aufgelöst und ersetzt, das rumänische ZK ebenfalls öfters; 1938 wurde sogar die ganze KP Polens aufgelöst, ohne die Möglichkeit einer Berufung gegen den Beschluss des Exekutivkomitees).

Im KPdSU-Programm fallen die Beziehungen zu den sozialistischen Staaten unter die — Innenpolitik

Der Leninsche Internationalismus ist ein Klassenbegriff, er ist klassengebunden. Man unterscheidet vor allem zwischen einem proletarischen und einem sozialistischen Internationalismus, wobei der letztere die Beziehungen zwischen Moskau und den osteuropäischen Parteien zu regeln berufen ist, während der proletarische Internationalismus «die internationale Einheit des Proletariates im Kampf um die Liquidierung der kapitalistischen Sklaverei und den Aufbau des Kommunismus, das Beharren auf Freiheit, Unabhängigkeit und Gleichheit aller Völker, kleiner und grosser, Zusammenarbeit und Freundschaft mit diesen Völkern» bedeutet. (Grosse Sowjetenzyklopädie, II. Aufl.)

Im geltenden Programm der KPdSU wird diese Unterscheidung ganz offen gemacht: Die Zusammenarbeit mit der internationalen («revolutionären») Arbeiterklasse und mit den Moskau nicht direkt untergeordneten Parteien wird im ausserpolitischen Teil (Teil 1, Kapitel V), die Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern und kommunistischen Parteien Osteuropas hingegen im innenpolitischen Teil (Teil 2, Kapitel IV und VI) erörtert. Der Leninsche Internationalismus wird dem Kosmopolitismus (bürgerlicher Internationalismus) gegenübergestellt, der den Zusammenschluss der Völker verhindert, eine andere Klassenbasis hat und die Diktatur der Bourgeoisie festigt. Es ist also Pflicht der Kommunisten, den proletarischen (und sozialistischen) Internationalismus zu fördern. Statut

der KPdSU, Art. 59/h) und gegen den Kosmopolitismus zu kämpfen (Programm der KPdSU, Teil 2, Kapitel V.)

Der proletarische Internationalismus diente also schon Lenin dazu, das sowjetrussische Modell des Sozialismus als Vorbild zu propagieren. Er stellte 1918 folgendes fest (Werke, Bd. 28, S. 270, russisch): «Der Bolschewismus ist als Vorbild der Taktik für alle geeignet.»

Von Lenin zu Breschnew: sowjetrussisches Modell obligatorisch

Breschnew hat die Idee des proletarischen und sozialistischen Internationalismus 1968, im Zusammenhang mit den tschechoslowakischen Ereignissen, «schöpferisch» weiterentwickelt. Um die erneute Besetzung der Tschechoslowakei zu rechtfertigen, erhob er die These von der gemeinsamen Verteidigung der sozialistischen Erregenschaften durch den sozialistischen Staatenblock in den Rang einer «objektiven Gesetzmässigkeit», die gleichzeitig als das wichtigste Inhaltselement des sozialistischen Internationalismus verkündet wurde. Danach ist die Sache des Sozialismus in einem sozialistischen Land nicht das Problem der betreffenden Partei oder des betreffenden Staates, sondern jenes der ganzen «sozialistischen Gemeinschaft». Darauf reagierte China sehr scharf. Heute die Tschechoslowakei, morgen eventuell China!

Die sowjetische politische Wissenschaft hat ebenfalls 1968 auch die Idee der «Bolschewisierung» wieder aufgegriffen und ex cathedra erklärt, die sowjetischen Erfahrungen beim sozialistischen Aufbau hätten einen universalen Charakter. Sie seien bindend sowohl für die osteuropäischen Länder als auch für die künftigen Länder, welche den Sozialismus erst später einrichten werden. Auch diese Bolschewisierung wurde in den Rang einer objektiven Gesetzmässigkeit erhöht.

Einer der führenden Politologen der Sowjetunion, Ju. Franzew, schrieb in der «Prawda» (22.9.1968): «... unsere sowjetische Erfahrung enthält allgemeine Gesetzmässigkeiten, ohne welche der Aufbau des Sozialismus nicht möglich ist...» Etwas früher, am 14. August 1968, schrieb ein anderer namhafter sowjetischer Politologe, I. Polemow, ebenfalls in der «Prawda»: «Die brüderlichen Parteien haben sich auf der Grundlage der historischen Entwicklung davon überzeugt, dass das Vorwärtsschreiten auf dem Wege zum Sozialismus und Kommunismus erst dann möglich ist, wenn man sich streng und konsequent von den allgemeinen Gesetzmässigkeiten des Aufbaus der sozialistischen Gesellschaft leiten lässt...» Diese Gesetzmässigkeiten sind — wie er ausführte — der «sowjetische Weg zum Sozialismus und Kommunismus».

Der proletarisch-sozialistische Internationalismus beraubt also die jetzt schon sozialistischen und in Zukunft sozialistisch werdenden Staaten und deren Parteien des Rechtes sowohl auf die eigene Aussenpolitik als auch auf die eigene Innenpolitik. Sie müssen sogar geistig gleichgeschaltet werden, wie ebenfalls der sowjetische Gelehrte Konstantinow (Mitglied der Akademie der Wissenschaften der UdSSR) in der «Prawda» in einem Grundsatzartikel ausführte (s. Prag 1968 — Analyse, Bern 1968, S. 21—23): «Der Leninismus entstand im vorrevolutionären Russland, als das Zentrum der weltrevolutionären Bewegung sich

nach Russland verlagerte. Er war aber zugleich die Verallgemeinerung der Kampferfahrung der Arbeiterklasse aller Länder. Er wird von den Kommunisten aller Länder als eine schöpferische Weiterentwicklung des Marxismus betrachtet, als Marxismus in der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution, als eine internationalistische Lehre, welche die einzig richtige wissenschaftliche Weiterentwicklung des Marxismus... darstellt... Die Kommunisten waren und sind auch heute der Meinung, dass der Leninismus keine russische, sondern eine internationale marxistische Lehre ist... Der Leninismus ist die theoretische Grundlage zur Lösung der komplizierten Fragen des revolutionären Kampfes und des Aufbaus der neuen Gesellschaft... Das ist der Grund, weshalb der Marxismus-Leninismus eine ewig lebende, nie veraltende Lehre ist... Ohne Leninismus kann es keinen modernen Marxismus geben.»

Die dialektische Souveränität

Eine Anzahl unklarer dialektischer Begriffe der allgemeinen Gesetzmässigkeit und der verbindlichen Erfahrung bilden also den Inhalt des sozialistischen Internationalismus, dessen Verletzung in irgendeinem Land der sozialistischen Ge-

meinschaft zur gemeinsamen Sache der ganzen Gemeinschaft wird.

Unabhängigkeit und Souveränität einer KP und eines Landes hören also in dem Moment schlagartig auf, als die KP die Macht ergreift. Die Souveränität dieser Parteien und Staaten wird — im Sinne des sowjetischen Parteiprogrammes — zu einer «internen Angelegenheit». In diesem Sinne protestiert Moskau gegen eine «abstrakt aufgefasste» Souveränität, ohne Rücksicht auf den Klasseninhalt des Staates. Während also die Souveränität eines ausserhalb des sozialistischen Weltsystems stehenden Staates zwangsläufig respektiert werden muss, wird sie infolge des gemeinsamen Klasseninhaltes im «sozialistischen Lager» aufgehoben. Im sozialistischen Lager wird die «internationale Diktatur» praktiziert (ohne erklärt zu haben, über welche Klasse, wie dies vom Marxismus verlangt wird), verbunden mit der gemeinsamen Souveränität, welche praktisch die Abschaffung der Souveränität für die schwächeren Glieder bedeutet.

Lenin lieferte also durch den Grundsatz des proletarisch-sozialistischen Internationalismus das theoretische Instrument für Moskau, sich andere Parteien und Staaten rücksichtslos zu unterstellen und seine Machtpositionen jederzeit durch Gewalt zu verteidigen. Laszlo Revesz

Das Selbstbestimmungsrecht

Die sogenannte «Leninsche Nationalitätenpolitik» ist eines der häufigsten Schlagworte im Vokabular seiner Erben. Seine Normen sollen die Rechte von Völkern und ethnischen Minderheiten im Rahmen von Nationen oder übergeordneten internationalen Strukturen definieren. Es erweist sich, dass Lenin grundsätzlich das Selbstbestimmungsrecht nur als Etappe zum sozialistischen Einheitsstaat anerkannte.

Die Frage nach dem Verhältnis der sozialistischen Revolution zur Nationalitätenfrage bzw. zum nationalen Selbstbestimmungsrecht wurde schon im Jahre 1896 auf dem Londoner Kongress der Sozialistischen Internationale aufgeworfen. In seiner Resolution hiess es unter anderem: «Der Kongress unterstützt das volle Recht auf Selbstbestimmung aller Nationen und drückt den Arbeitern jedes Landes, die heute unter dem Joch militärischen, nationalen oder anderen Despotismus leiden, seine Sympathie aus... Er ruft die Arbeiter dieser Länder auf, in die Reihen der klassenbewussten Arbeiter der ganzen Welt einzutreten, um zu kämpfen... für die Ziele der internationalen Sozialdemokratie.»

Die Frage des Verhältnisses zu nationalen Bewegungen wurde bald nach Gründung der sozialistischen Arbeiterbewegung aufgeworfen. Schon Marx und Engels hatten sich mit diesem Problem befasst, aber sie hatten keine abgeschlossene, systematische Abhandlung darüber hinterlassen. Es blieb daher ihren Nachfolgern überlassen, diese heikle Frage im Sinne der sozialistischen Ideen zu lösen.

Auch der 1. Kongress der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAPR) 1898 in Minsk verabschiedete (in Lenins Abwesenheit) eine Resolution, die das Prinzip der nationalen Selbstbestimmung anerkannte, wobei unter Selbstbestimmung der Nationen ihre Lostrennung von fremden Nationalgemeinschaften, die Bildung eines selbständigen Nationalstaates verstanden wurde. So war dieser wichtige Grundsatz bereits in der allerersten Resolution der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei enthalten.

Nach dem Parteikongress wurde der Entwurf des Parteiprogramms ausgearbeitet, in den der Grundsatz der nationalen Selbstbestimmung im Artikel 7 auch mit Lenins Billigung aufgenommen wurde.

Lenins erste Aeussuerung: «Nationale Unabhängigkeit ist nur bedingt anzuerkennen»

Lenin schrieb 1897 eine Abhandlung «Die Aufgaben der russischen Sozialdemokraten». Sie ist die erste seiner Schriften, in denen er seine Ansichten über die Nationalitätenfrage formulierte. Es ist bedeutsam, dass er schon in dieser frühen Arbeit die Unterdrückung der nationalen Minderheiten innerhalb des Gesamtrahmens der Revolution sah und keineswegs als vordringliches oder auch nur als unabhängiges Problem.

Auch in seinen weiteren Schriften zeigt sich, dass Lenin das Selbstbestimmungsrecht nur mit Vorbehalt anerkennt. In seiner Schrift «Die nationale Frage in unserem Programm» (1903) führt er diesbezüglich aus:

«Die Sozialdemokraten werden immer jeden Versuch bekämpfen, die nationale Selbstbestimmung von aussen her durch Gewaltmassnahmen oder Ungerechtigkeit zu beeinflussen. Doch verpflichtet uns unsere reservierte Anerkennung des Kampfes um freie Selbstbestimmung in keiner Weise, jedes Verlangen nach nationaler Selbstbestimmung auch zu unterstützen... Nur in besonderen Ausnahmefällen können wir Forderungen, die auf Errichtung eines neuen Klassenstaates hinauslaufen, fördern und aktiv unterstützen...»



Lenins Verhältnis zu Stalin war sicherlich schlecht. So suchte er (vergebens) dessen Einsetzung als Generalsekretär zu verhindern. Trotzdem war die spätere Machtausübung Stalins der leninischen Politik nicht einfach entgegengesetzt. Der Stalinismus war sowohl Deformation als auch Weiterentwicklung des Leninismus. Und es hiesse das keineswegs nur historisch vorübergehende Phänomen des Stalinismus unterschätzen, wenn man nicht seine tieferen Wurzeln sieht — die heute wieder neue Triebe hervorbringen. Der vielzitierte Personenkult, ein Euphemismus für seine totale Diktatur, ist als Erklärung untauglich. Wie lässt er sich von jenen als Begründung angeben, die just in der sozialistischen Gesellschaft die Garantie gegen Einmannherrschaft oder Oligarchie erblicken? So geht es in Wirklichkeit nicht so sehr um die Person Stalins als vielmehr um das System, das ihn nach oben kommen liess.

Bedeutet Anerkennung des Rechts der Völker auf Selbstbestimmung tatsächlich, dass man jede Forderung einer jeden Nation auf Selbstbestimmung unterstützen muss? ... Die sozialdemokratische Partei muss die Frage in jedem Einzelfall vom Standpunkt des Interesses des proletarischen Klassenkampfes für den Sozialismus entscheiden.»

Zuletzt kommt Lenin zum Schluss, dass «der Marxist die Forderung der nationalen Unabhängigkeit nur bedingt ... anerkennen kann».

Lenin zur Oktoberrevolution

In seinem Referat über die Arbeit auf dem Land vor dem 8. Parteikongress am 23. März 1919 sagte Lenin:

«Im Oktober 1917 übernahmen wir die Macht mit dem Bauerntum als Ganzem. Das war eine bürgerliche Revolution, da der Klassenkampf auf dem Lande noch nicht entwickelt war ... Die tatsächliche proletarische Revolution auf dem Lande begann erst im Sommer 1918 ...»

Zitiert aus «Agrarnaja politika sowjetskoj vlasti (1917/18). Dokumenti i Materiali», Moskau 1954, S. 207.

Dies sind Lenins Ansichten bezüglich der Nationalitätenfrage bzw. des Selbstbestimmungsrechtes der unterdrückten Nationalitäten und Nationen.

Die Praxis der Macht: Kein Selbstbestimmungsrecht

Wir wollen nun untersuchen, wie er als Machthaber seine Nationalitätentheorien auf die konkreten Verhältnisse anwandte, nachdem er und seine kleine Partei es so weit gebracht hatten, dass sie die Theorie nun selbst in die Praxis umsetzen sollten.

Als Lenin im November 1917 die Macht ergriff, hatte er den vollkommenen Umsturz eines Regimes und einen entsprechend weitreichenden sozialen Wiederaufbau zu bewältigen. Der Nationalismus war eine der Kräfte, die er für diesen Umsturz einspannen wollte, auch wenn darin nicht ganz zuverlässige Kräfte am Werk waren.

Sein feines Fingerspitzengefühl hatte ihn schon früh auf die Idee gebracht, eine Rückversicherungsklausel in seine Selbstbestimmungsdoktrin einzubauen. Da er auf einer unitären (einheitlichen) Republik bestand und gegen Föderation war, diese jedoch unter dem Zwang der damaligen Verhältnisse akzeptieren musste, hob er hervor, dass eine Föderation nur als Uebergangslösung auf dem Weg zur unitären Republik anzusehen sei. Auch dies zeigt Lenins grosses Anpassungsvermögen auf doktrinärem Gebiet.

Das Parteiprogramm, das auf dem 8. Parteikongress im Jahre 1919 gemäss Lenins Wünschen angenommen wurde, enthält die Feststellung, dass der Föderalismus nur eine Uebergangslösung mit der Aufgabe sei, das Misstrauen der Arbeiter unterdrückter Nationen gegenüber den Arbeitern der Unterdrückernationen zu überwinden. Lenin achtete sehr darauf, dass die nationalen Gefühle der Minderheiten nicht beleidigt wurden. So forderte z. B. die Resolution über die Ukraine, auf dem 8. Parteikongress 1919 angenommen, die Parteimitglieder auf, zunächst einmal mit den Manifestationen des Nationalismus Geduld zu haben, die Einführung der ukrainischen Sprache aktiv mit praktischen Massnahmen zu unterstützen und die Beamten Ukrainisch lernen zu lassen. In einem Telegramm vom 22. Februar 1920 an Stalin in Charkow fordert ihn Lenin auf, unverzüglich in allen Hauptquartieren des Heeres Dolmetscher einzusetzen: «Wir müssen in bezug auf die Sprache zu jeder Konzession bereit sein und möglichste Gleichberechtigung anstreben.»

Aber die flexiblen, versöhnlichen und unter dem Druck der damaligen Verhältnisse erzwungenen Instruktionen Lenins bedeuten keinesfalls eine «Politik der hundert Blumen», sondern sind nur Ausdruck seiner Ansicht, wonach während des Bürgerkrieges die Erfordernisse des Krieges absolute Priorität haben. Ansonsten bekämpfte Lenin jede Sezession, d. h. die Anwendung des Selbstbestimmungsrechtes, und hat das auch nie verheimlicht.

So wurde das selbständig gewordene Aserbeidschan durch die Rote Armee wieder annektiert. Dasselbe Schicksal erlitt Georgien im Februar 1921. Beide Staaten hatten lebensfähige Regierungen. Lenin hatte aktiven Anteil daran, dass man diese und andere ähnliche militärische Operationen gegen die selbständig gewordenen Randstaaten unternahm. Wenn Lettland, Estland, Litauen und Finnland trotzdem damals ihre Selbständigkeit bewahrt haben, so ist das nur dem Umstand zuzuschreiben, dass die Sowjetmacht noch nicht stark genug war, auch diese Gebiete wieder zu annektieren.

Wenn Lenin betonte, dass die einzelnen Muttersprachen am besten geeignet seien, politische Instruktionen und Erklärungen zu vermitteln, oder wenn er den Kommunisten befahl, geduldig das Vertrauen in den guten Glauben (bona fide) der Russen wieder aufzubauen, damit sie mit ihrem politischen und sozialen Vorgehen schneller und wirksamer Anhänger für die neue Ordnung gewinnen könnten, so waren dies nur taktische Massnahmen und keineswegs Aufforderungen, seine Konzeption des unitären Staates zu ändern oder gar aufzugeben.

So erklärte Lenin ausdrücklich in der Botschaft an die Kommunisten der Bergrepublik und der kaukasischen Republiken: «Aber so wichtig der nationale Friede unter den Arbeitern und Bauern der kaukasischen Volksstämme ist, die Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung der Sowjet-herrschaft ... ist noch wichtiger.»

Das Sezessionsrecht in Verfassung und Gesetzgebung der UdSSR

Die sowjetische Gesetzgebung widerspiegelt übrigens noch heute die Doppelgleisigkeit von Lippenbekenntnis und entgegengesetzter Wirklichkeit.

So bejaht die Staatsverfassung der UdSSR in Artikel 14 ausdrücklich das Sezessionsrecht der ein-

Lenin über die Juden ...

...manche Ueberlegungen Lenins nur zu bald unter den Scheffel gestellt wurden, wie etwa seine Invektiven gegen den Bürokratismus und den grossrussischen Chauvinismus, seine Angriffe auf den «kommunistischen Hochmut». Es ist auch kaum anzunehmen, dass man im Lande Lenins zu seinem 100. Geburtstag aus einem berühmten Vortrag über die Revolution von 1905 die folgende Stelle zitieren wird:

«Der Hass des Zarismus richtete sich besonders gegen die Juden. Einerseits stellten die Juden einen besonders hohen Prozentsatz (im Verhältnis zu der Gesamtzahl der jüdischen Bevölkerung) der Leiter der revolutionären Bewegung. Auch jetzt, sei beläufig bemerkt, haben die Juden das Verdienst, einen merklich höheren Prozentsatz der Vertreter der internationalistischen Strömung als andere Nationen aufzuweisen. Andererseits aber wusste der Zarismus ausgezeichnet die schlimmsten Vorurteile der ungebildetsten Schichten der Bevölkerung gegen die Juden auszunützen ...»

Zitiert laut Ernst Fischer — Franz Marek: «Was Lenin wirklich sagte.» Molden-Verlag 1969.

zelenen Sowjetrepubliken. Die Strafgesetzgebung ihrerseits aber definiert jegliche sezessionistische Propaganda als staatsfeindliches Verbrechen, das mit Höchststrafen zu ahnden ist (Unionsgesetz über staatsfeindliche Delikte vom 25.12.58). Tatsächlich sind gerade in den letzten Jahren etwa in der Ukraine verschiedentlich Leute wegen «chauvinistischer Aktivität» verurteilt worden, die weniger als den Tatbestand sezessionistischer Propaganda erfüllte. Die Gesetzgebung verunmöglicht also die Inanspruchnahme der diesbezüglichen Verfassungsrechte.

Es ist bemerkenswert, dass die Mischung von Ideen und ihnen entgegengesetzten Massnahmen, die man als «marxistisch-leninistische Nationalitätenpolitik» bezeichnet, noch heute — besonders in der unterentwickelten Welt — wirkt.

Der Eindruck, den die marxistisch-leninistische Nationalitätenpolitik auf die unterentwickelte Welt macht, beruht vor allem auf einer Idealisierung des Leninismus, der angeblich die Spannungen innerhalb der Gemeinschaft zum Verschwinden bringt, und auf der Anerkennung für die Anstrengungen der Sowjetunion, die rückständigen Bevölkerungsgruppen des russischen Reiches in das neue Zeitalter hinüberzuführen (wobei die Bewunderer meist die damit verbundenen Opfer dieser rückständigen Bevölkerungsgruppen vergessen).

Es trifft zwar zu, dass die Sowjetregierung im Vergleich zum Zarismus viel für die unterdrückten Völkergruppen getan hat, aber sie hat ihnen das Wichtigste vorenthalten: das jetzt schon fast von der ganzen nichtkommunistischen Welt anerkannte Selbstbestimmungsrecht.

Man meint oft, dass sich in Lenins Haltung gegenüber dem Nationalismus eine Zwiespältigkeit zeigt.

Diese Zwiespältigkeit sollte darin bestehen, dass er einerseits den Nationalismus mit Abneigung betrachtete und an seine Stelle den Internationa-

lismus stellte, andererseits aber anerkannte, dass es nicht möglich sei, den Völkern, die durch Eroberung dem Staate eingeliedert wurden, das Recht auf die Selbstbestimmung ihres Schicksals verweigern.

Keine Zwiespältigkeit, sondern Mittel zum Zweck

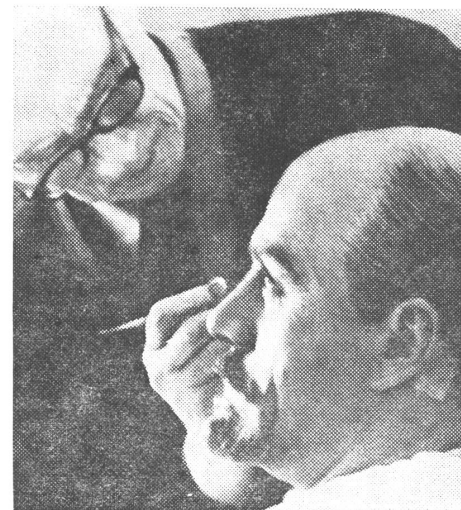
In Wirklichkeit aber gab es keine Zwiespältigkeit in Lenins diesbezüglicher Haltung, da er das Selbstbestimmungsrecht nur als bedingtes Mittel zum Internationalismus betrachtete, sozusagen als Lockvogel, mit dem man die unterdrückten Völker für das Sowjetregime bzw. für die kommunistische Idee gewinnt.

Davon zeugt auch der Brief, den Lenin am 13. November 1922 an Joffe schrieb: «Ich habe persönlich den Verdacht, dass Tomskijs Linie russischer Chauvinismus ist oder doch darauf hinausläuft. Für unsere gesamte Weltpolitik ist es ungeheuer wichtig, das Vertrauen der eingeborenen Völker zu gewinnen, es drei- und vierfach zu gewinnen; ihnen zu beweisen, dass wir keine Imperialisten sind, dass wir keine Tendenz in dieser Richtung dulden werden. Das ist ein Problem von weltweiter Bedeutung — ohne Uebertreibung. Hierin müssen wir mehr als streng sein; es wird sich auf Indien, auf den ganzen Osten auswirken. Hier dürfen wir nicht spassen; hier dürfen wir tausendfältige Sorgfalt walten lassen.»

Die «Breschnew-Doktrin» ist nicht so antileninistisch

Auch aus diesem Briefe ist ersichtlich, dass es Lenin bei der Behandlung der Nationalitätenfrage nicht um eine Sache der Gerechtigkeit, der sozialistischen Idee ging, sondern darum, dass man Rücksicht auf die eingeborenen Völker nahm, damit sie der Sowjetmacht nicht entfremdet wurden. Es ging also um das machtpolitische Interesse des Regimes.

Aus allen Aeusserungen und Taten Lenins bezüglich der Nationalitätenfrage und besonders des



Auf Lenin geschminkt. (Filmschauspieler Michael Uljanow)

Selbstbestimmungsrechtes der Nationen ist es unzweifelhaft, dass er das von ihm immer betonte Selbstbestimmungsrecht nur als Propagandamittel zur Gewinnung besonders der unterdrückten Völkergruppen benützte, es aber offen ablehnte, wenn das Selbstbestimmungsrecht seinen vor allem auf die Machtergreifung und Machterhaltung gerichteten Bestrebungen nicht entsprach.

Das ist die wahre Doktrin Lenins bezüglich des Selbstbestimmungsrechtes, und seine Nachfolger — besonders Stalin — gingen eigentlich im Sinne der Leninschen Doktrin vor, wenn sie Völker gegen ihren Willen (siehe Lettland, Estland, Litauen usw.) in ihr Reich einverleibt haben.

Und aus der Sicht der Leninschen Doktrin handelte Breschnew eigentlich im Sinne ihrer Anwendung, wenn er die Tschechoslowakei — das Selbstbestimmungsrecht ignorierend — okkupieren liess, weil das im Interesse der Sowjetunion lag.

Franz Klim

Lenin und die Konzentrationslager

Das Thema der sowjetischen Konzentrationslager erweckt die Assoziation an den Stalinismus, an die von Stalin eingeführte Deformation des Leninschen Systems. Tatsächlich erhielt diese Institution unter Stalin ihre ungeheuerlichen Ausmasse und ihre Systematik in der Liquidierung von Menschen, aber ihren Anfang nahm sie nicht unter Stalin, sondern unter Lenin.

Als Lenin an die Macht gelangte und seine Regierung bildete, musste sie im Bürgerkrieg gegen Millionen Gegner kämpfen, und später bei der Kolchosierung und der Durchführung anderer Projekte. Die Sowjetregierung betrat den Weg des Terrors, und zur Eliminierung der politischen Gegner wurde zu Beginn der zwanziger Jahre, bei Lebzeiten Lenins und auf seine Forderung hin, ein System von Konzentrationslagern ausgebaut. Zunächst mochte der Terror wie eine vorübergehende Erscheinung aussehen. Lenin annullierte im Jahre 1920 das Recht der Erschiessung politischer Gegner. Es wurde jedoch bald wieder in Kraft gesetzt, erneut annulliert und trat dann erneut endgültig in Kraft; es ist bis heute ein permanentes gesetzmässiges Hilfsmittel der Sowjets geblieben. Die Führer des Kommunismus hatten selbst alle Schattenseiten des alten Gefängnisystems kennengelernt. Zunächst war

die Humanität eines der wichtigsten Elemente der sich ausbreitenden revolutionären Bewegung, doch bald setzte sich die Meinung durch, man müsse den «verzuckerten Liberalismus» und die mitfühlende Haltung den Gegnern gegenüber überwinden. Die Konzentrationslager wurden hierbei zu einer erschütternden Neuerung, die von der Tscheka-GPU in Russland eingerichtet wurde.

Als im Jahre 1923 eine Reform der Lager durchgeführt wurde, gab es ihrer 23. Der grössere Teil befand sich im hohen Norden im Bezirk von Archangelsk, eines in Petrominsk, ein anderes in Archangelsk, ein drittes in Holmogory. Das Zentrum der nördlichen Lager aber waren die Lager auf den Solowetzky-Inseln.

Die Lebensbedingungen in den Lagern waren

(Fortsetzung auf Seite 12)